

**Gorleben****Erkundung alarmiert Atomkraftgegner**

Claudia Roth (Bild: ddp)

Atomkraftgegner haben mit scharfem Protest auf den Plan von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) reagiert, den Erkundungsstopp für ein Atommülllager in Gorleben bald aufzuheben. Die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth warf Röttgen vor, er ignoriere geologische Realitäten ebenso wie die Sorgen der Bevölkerung. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace fordert die sofortige Schließung des niedersächsischen Bergwerks und eine neue ergebnisoffene Endlagersuche.

Um den Salzstock nach zehnjährigem Stopp weiter als Endlager für hoch radioaktiven Atommüll erkunden zu können, soll in der kommenden Woche die Genehmigung für den Rahmenbetriebsplan verlängert werden, wie die Deutsche Presse-Agentur dpa in Regierungskreisen erfuhr. Röttgen will sich an diesem Montag in Berlin dazu äußern.

Im Jahr 2000 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung nach jahrelangen Streitigkeiten um Gorleben einen auf zehn Jahre begrenzten Erkundungsstopp (Moratorium) verhängt. Röttgen und die Umweltpolitiker von Union und FDP verständigten sich nun nach dpa- Informationen darauf, die Ende März auslaufende Betriebserlaubnis zu verlängern.

Kritiker dieses Verfahrens befürchten, eine qualifizierte Bürgerbeteiligung solle ausgehebelt werden. Würde man die Frist für die alte Erlaubnis nach einfachem Bergrecht verstreichen lassen, müsste man eine neue Genehmigung nach neuem Recht einholen, die aufwendiger wäre.

"Röttgen lüftet sein blassgrünes Mäntelchen", sagte Grünen-Chefin Roth am Samstag der dpa. "Als hätte es das Asse-Desaster und die Gorleben-Tricksereien nie gegeben, setzt der Atomminister unbeirrt auf einen ungeeigneten Endlager-Standort."

Nach Ansicht des Grünen-Fraktionsvorsitzenden in Hannover, Stefan Wenzel, verstoßen Röttgen und Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) gegen das Gesetz, wenn sie nach Bergrecht weitermachen. Jochen Stay, einer der Sprecher der Anti-Atom-Bewegung, kündigte massenhafte Proteste an.

Der Umweltexperte der SPD-Fraktion, Ulrich Kelber, kritisierte, Röttgen verweigere die Bürgerbeteiligung und eine Vorabuntersuchung der wissenschaftlichen Kriterien durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. SPD, Grüne und Linke haben die Einrichtung eines solchen Gremiums im Bundestag beantragt.

Dabei geht es unter anderem um die Frage, ob die frühere Bundesregierung von Helmut Kohl (CDU) Gutachten übergibt, um die Endlager-Suche zugunsten von Gorleben zu entscheiden. (dpa)

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[ document info ]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 14.03.2010 um 20:12:14 Uhr

Letzte Änderung am 15.03.2010 um 15:37:37 Uhr

Erscheinungsdatum 15.03.2010 | Ausgabe: d

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=2422595&em\\_loc=1231](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2422595&em_loc=1231)

**Energie der Zukunft**

Solarstrom aus der Wüste?  
Windenergie von der Nordsee?  
Oder doch lieber auf hiesige  
Atomkraft und Gas aus  
Russland setzen? Reden Sie  
mit! Im **Energie-Spezial**.